

Medienmitteilung

Kinderbetreuungsverordnung

Thema	Vernehmlassung Kinderbetreuungsverordnung (KiBeV)
Für Rückfragen	Jan Flückiger, Tel +41 31 323 05 30, Mobile +41 79 440 71 25
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	14. September 2009

Überreglementierung gefährdet bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Grünliberalen lehnen die übermässige Regulierung der privaten Kinderbetreuung ab. Der Verordnungsentwurf des Justizdepartements zur Kinderbetreuung enthält zahlreiche einengende Vorschriften, die über das Ziel, den Schutz des Kindes, hinausschiessen. Die vorgesehene behördliche Bewilligungspflicht behindert die bewährte Kinderbetreuung innerhalb der Verwandtschaft und durch gegenseitige Nachbarschaftshilfe. Es ist Aufgabe der Eltern zu entscheiden, wem sie ihre Kinder anvertrauen, und nicht Sache des Staates. Mit den administrativen Hürden im Entwurf wird die Schaffung von weiteren Betreuungsplätzen massiv erschwert und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefährdet.

Die vom Bund verlangte Einführung von Fachstellen sowie der mit der Bewilligungspflicht verbundene administrative Aufwand führen zu erheblichen Kosten zu Lasten der Kantone. Das Geld versickert im Verwaltungsapparat. Eltern, die auf einen Betreuungsplatz angewiesen sind, ist damit nicht geholfen.

Die Kinderbetreuungsverordnung soll sich auf Betreuungsverhältnisse beschränken, die auf Kinderschutzmassnahmen zurückgehen, sowie auf Fälle gewerbsmässiger Kinderbetreuung. Auf unnötige Eingriffe in die Familienautonomie ist zu verzichten.

Mehr Details zu den einzelnen Artikeln der Verordnung finden Sie in der beigelegten Vernehmlassungsantwort der Grünliberalen Schweiz.